

Editorial



Elmar Conrads-Hassel
Landesvorsitzender der
Liberalen Senioren NRW

„Deutschland braucht den Schwung der Jungen und die Kompetenz und Erfahrung der Älteren. Unsere Gesellschaft wird erfolgreicher, wenn Ältere aktiv unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten. Deshalb setzen wir Freien Demokraten gleichermaßen auf Jung und Alt“. So lautet die Frontseite des Flyers, der gemeinsam von FDP und den Liberalen Senioren herausgegeben wird und auf dessen Rückseite die beiden Bundesvorsitzenden, Christian Lindner und Detlef Parr die interessierten Leser*innen anlächeln.

Aber handeln wir Liberale auch parteiintern entsprechend, um so für die Menschen bundesweit attraktiv und wählbar zu bleiben und/oder zu werden? Offensichtlich nicht; denn wie die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in Bayern, Brandenburg und Sachsen sowie der Europawahl zeigen, erreichen wir zwar mehr Jung- und Erstwähler, schöpfen aber unser Potential bei den Wahlberechtigten über 60 Jahren, unserer früher äußerst verlässlichen Stammwählerschaft, immer weniger aus. Das ist nicht nur schade, sondern sogar fatal, wächst die Gruppe der Ü-60 doch kontinuierlich in unserem Land, während unsere wahlberechtigten Kinder und Enkel - leider - weniger werden. Zusätzlich beteiligen sich die Älteren deutlich stärker an den Wahlen als die Jüngeren.

Fazit: nur gemeinsam können wir wieder stärker werden und damit dem Liberalismus und der Frei-

heit des einzelnen in Deutschland wieder mehr Gewicht verleihen. Gerade für die anstehenden Kommunalwahlen im nächsten Jahr, vor allem auch in der liberalen „Hochburg“ NRW, gilt daher: nicht nur Wahlprogramme, die die Probleme der jungen wie der alten Menschen in unserem Land benennen und liberale Lösungsvorschläge unterbreiten, auch die Wahllisten, aus denen sich die zukünftigen liberalen Stadt-, Kreis-, Bezirks- und

Gemeinderatsmitglieder rekrutieren, müssen gleichermaßen Frauen und Männer, Junge, Mittelalte und Alte umfassen, damit sich die liberal denkenden und handelnden Wählerinnen und Wähler sowohl in unseren Wahlprogrammen als auch auf unseren Kandidatenlisten wiederfinden - und wieder verstärkt die FDP wählen und unterstützen. Und das muss doch unser gemeinsames Ziel sein, egal, wie alt oder jung wir gerade sind.

Nachruf

Die Mitglieder der Freien Demokraten im Stadtverband Kaarst und der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Kaarst sowie die Liberalen Senioren NRW trauern um Jochen Dürrmann.

Am 16. August verstarb Jochen Dürrmann im Alter von 84 Jahren. Dürrmann war über viele Jahre das Gesicht der FDP in Kaarst. Er trat 1965 in die FDP in Düsseldorf ein und war dann fast 40 Jahre Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten zunächst im Gemeinderat von Büttgen und nach der Kommunalreform 1974 im Rat der Stadt Kaarst. Mit Wohnsitz in Büttgen setzte er sich seinerzeit engagiert für den Bau des Georg-Büchner Gymnasiums ein. Durch seine versierte Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen und Gremien im Rat der Stadt Kaarst trug Jochen Dürrmann als Freier Demokrat wesentlich zum Ausbau der Stadt mit bei. Darüber hinaus war er viele Jahre als Mitglied der Freien Demokraten im Stadtverband Kaarst wie auch im Kreisverband Neuss engagiert. Darüber hinaus nahm er als Delegierter des Kreisverbandes regelmäßig an Bundes- und Landesparteitagen teil.

Er war seit 1979 nach der Gründung der Vereinigung Liberaler



Kommunalpolitiker (VLK) Mitglied der VLK in NRW und hat geholfen die Vereinigung aktiv aufzubauen. Von 2006 - 2014 war er ein sehr aktiver VLK Landesvorsitzender

und wurde danach einstimmig von den Mitgliedern zum Ehrenvorsitzenden gewählt. In dieser Funktion nahm er auch weiter rege an der Vorstandsarbeit und den Veranstaltungen der VLK teil.

Die Freien Demokraten in Kaarst und im Kreis Neuss wie auch die Liberalen Senioren NRW, deren Mitglied er seit Gründung der Regionalgruppe im Rhein-Kreis Neuss er war, als auch die VLK in NRW verlieren mit Jochen Dürrmann einen profilierten Liberalen, einen versierten Kommunalpolitiker und ein engagiertes Parteimitglied, das immer zu begeistern und für liberale Kommunalpolitik zu streiten wusste.

Jochen Dürrmann hinterlässt seine Frau und drei erwachsene Töchter. Der Stadtverband Kaarst verliert mit ihm einen profilierten Kommunalpolitiker und einen aufrechten Liberalen.

Liberaler Klimapolitik



Lukas Köhler, Bundesvorstandsmitglied der FDP und klimapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Die Freien Demokraten setzen ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz. „Nur in der intelligenten Verzahnung von Ökologie und Ökonomie findet diese Transformation nachhaltigen Rückhalt in der Bevölkerung und kann gelingen“, heißt es im Antrag „Liberaler Klimapolitik“, welcher vom FDP-Bundesvorstand eingebracht wurde. Ziel des vom 70. Ord. Bundesparteitag am Samstag beschlossenen Antrags ist es, Wirtschaftswachstum vom Treibhausgas-Ausstoß zu entkoppeln und den Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten voranzutreiben. Ein erweiterter Emissionshandel mit Zertifikaten soll dabei als „zentrales Leitinstrument“ dienen. „Ich bin froh, dass wir mit diesem Antrag nicht wie andere die Emotion der Angst bedienen, sondern die Vernunft in den Vordergrund stellen“, fasste das frischgewählte FDP-Bundesvorstandsmitglied Lukas Köhler zusammen.

Die Politik soll laut dem Beschluss bestimmen, wie viele Treibhausgase insgesamt ausgestoßen werden dürfen. Die Menge an Zertifikaten solle sich dann jährlich verringern, um den Ausstoß insgesamt zu verringern. Der Emissionshandel bildet so volkswirtschaftlich das effizienteste Instrument, Treibhausgase zu begrenzen. Mit ihm werde das Thema Klimaschutz sowohl

umwelt- als auch wirtschaftspolitisch am besten angegangen, so die Freien Demokraten. „Nur der Emissionshandel verbindet effektiven Klimaschutz und ökonomische Effizienz“, betont der Antrag.

„Es gibt für uns Freie Demokraten vier Wege, CO₂ und Treibhausgase zu vermeiden“, stellte FDP-Klimaexperte Lukas Köhler klar. Der erste und beste Weg sei, die Vermeidung von CO₂. „Der zweite ist die Nutzung von CO₂ d. h. CO₂ als Rohstoff zu verstehen zum Beispiel in der Industrie oder als Kraftstoff im Verkehr zusammen mit Wasserstoff. Der dritte Weg ist die Speicherung, um die wir laut der Wissenschaft nicht herumkommen und der letzte Weg ist der Ausstoß und den gilt es am Ende des Tages zu vermeiden.“ Um aus diesem Sachverhalt die besten Ergebnisse für das Klima, die Wirtschaft und die Menschen zu erreichen, ist die Erweiterung des Emissionshandels der beste Weg, so Köhler.

Der Handel mit Emissionen dürfe jedoch nicht als weitere staatliche Einnahmequelle genutzt werden, heißt es weiter. Die eingenommenen Mittel sollen zweckgebunden für klimapolitische Maßnahmen genutzt werden z. B. für die weitere Forschung in diesem Bereich. Dies war auch essentieller Gegenstand der Debatte zum Antrag. Außer-

dem sollen damit etwaige anfallende Kostensteigerungen und soziale Härten für Bürger und Unternehmen ausgeglichen werden.

Am Ende ziehen die Freien Demokraten eine einhellig positive Bilanz zum Antrag. In der Debatte sei entscheidend gewesen, dass sich die Liberalen „endlich mal über den Weg des Klimaschutzes verständigt hätten, nicht nur über die Ziele“, so Lukas Köhler. Die FDP zeigt damit klar: Klimaschutz ist den Liberalen nicht nur ein wichtiges Anliegen, sie zeigen auch mit klaren Vorhaben, wie er wirklich gelingen kann.

Bereits am Freitag stellte FDP-Chef Lindner klar, welchen Stellenwert das Thema Klimaschutz für die Freien Demokraten hat. Er ging dabei auch auf die Schüler-Bewegung „Fridays for Future“ ein. Wer junge Menschen in ihrem Protest wirklich ernst nehme, müsse sich mit ihren Anliegen beschäftigen und gegebenenfalls auch fachlichen Widerstand entgegensetzen, betonte Lindner. Für die frischgewählte FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg ist die Sicht der Freien Demokraten auf dieses Thema klar: „Wir wollen Wirtschafts- und Klimapolitik versöhnen“, ging sie in ihrer Antrittsrede auf die aktuelle Klima-Debatte ein. Die FDP wolle eine Wende der Vernunft in der Energiepolitik einleiten. Denn: „Diese globale Herausforderung können wir nicht alleine lösen“, so Teuteberg.



Über 40 exklusive Chocolatiers und Manufakturen aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Großbritannien, Litauen und Peru freuen sich auf Ihren Besuch und laden Sie ein, beim Bummel hin zu den weißen Pagodenzelten, auf eine schokoladige Entdeckungsreise zu gehen.

Liberale Senioren begrüßen den Appell der Immobilienwirtschaft zum Bedarf an seniorengerechten Wohnungen

Dem Bedarf an seniorengerechtem Wohnen wird bisher - trotz Kenntnis der demografischen Entwicklung - vielerorts nicht genügend Rechnung getragen.

Deshalb loben die Liberalen Senioren NRW den Appell des Vonovia-Chefs, der darauf aufmerksam macht, dass bis 2030, also in den nächsten zehn Jahren, bundesweit mehr als zwei Millionen Wohnungen für Ältere gebaut werden müssten, um den Bedarf der künftigen Seniorengeneration zu decken. Vonovia, einer der größten privaten Wohnungsvermieter, sieht den demografischen Wandel als einen der wichtigsten Themen in der Immobilienbranche.

Die Liberalen Senioren NRW fordern vor dem Hintergrund des zukünftigen aber auch aktuellen Bedarfs, Politik, Verwaltung und Investoren auf, bei der Planung von Neubauten den Bedarf an seniorengerechten Wohnungen dringend zu berücksichtigen. „Beim allgemeinen Wohnungsmangel kann es dabei nicht nur um junge Menschen und Familien gehen, so sehr auch besonders wir Senioren Verständnis für deren Bedürfnisse haben,“ so Elmar Conrads-Hassel Landesvorsitzender der Liberalen Senioren.

Bei der Planung von Wohnungen für Ältere ist es wichtig zu berücksichtigen, dass nicht alle Senioren den gleichen Anspruch an Lage, Größe, Ausstattung und Service haben. Wohnangebote für alle Einkommensschichten sollen gerade auch im Alter ein passendes, bisher gewohntes Lebensumfeld bieten. Dabei ist besonders die Lage in Bezug auf eine Infrastruktur wichtig, die die entsprechende Nahversorgung für Einkäufe, Ärzte, Apotheken und Aufenthalt sowie Mobilität bietet.

Wohnen im Alter ist ein komplexes Thema. Durch ein funktionierendes nachbarschaftliches oder gemeinschaftliches Umfeld kann der Einsamkeit vorgebeugt werden.

Bestehende gesellschaftliche Bindungen sollten möglichst erhalten bleiben. Deshalb sind ebenso Anreize nötig zum seniorengerechten Umbau von Mietwohnungen und Eigentum im Bestand. Beratung dazu bieten die Wohnberatungsstellen im Land an.

Gleichermaßen sind zur Stärkung des nachbarschaftlichen Miteinanders Quartierstreffpunkte wie seit vielen Jahren die Zentrum 50 Plus-Einrichtungen in Düsseldorf, der „Büttger Treff“ in Kaarst oder die „Lotsenpunkte“ in den Stadtteilen in Neuss vorbildhaft. Hier werden, getragen von Ehrenamtlern unter der Koordination eines Trägers, Treffpunkte geschaffen, die vielfältige Angebote im Bereich Hilfe für Selbsthilfe in der Pflege und Freizeitgestaltung für Ältere bieten. Das sind nötige Grundlagen für ein selbstbestimmtes, sinnstiftendes Leben im Alter.

Die Liberalen Senioren NRW weisen mit Nachdruck daraufhin, dass Wohnen für Ältere mehr ist als nur „ein Dach über dem Kopf zu haben“, sondern das bedeutet, den Anforderungen an soziale Kontakte, Mobilität, Nahversorgung und gewohntem Standard gerecht werden zu müssen. Das sind große Herausforderungen, denen sich Politik sowie Verwaltungen stellen sollten, um die zukünftig stark wachsende Anzahl an Seniorinnen und Senioren -speziell für Hochaltrige- angemessen zufriedenstellen zu können.

Was macht der englische Rentner morgens um acht Uhr? Er trinkt seinen Tee und geht Krikett spielen.

Und was macht der französische Rentner um acht Uhr? Er trinkt seinen Kaffee und besucht die Freundin.

Und was macht der deutsche Rentner um acht Uhr? Er wirft sich seine Herztabletten ein und rennt zur Schwarzarbeit, um die Rente aufzubessern.

Besuch des DGB-Sprecherkreises für Seniorenarbeit NRW

Am 13. Juni 2019 besuchten die Mitglieder des Landesvorstandes der LIBERALE SENIOREN NRW Eva Fielitz, Claudia Jacobi und Max Marnet den DGB-Sprecherkreis für Seniorenarbeit in NRW. Die Einladung erhielten wir von Ralf Köpke, der die Aktivitäten des DGB-Sprecherkreises in NRW koordiniert. Neben Herrn Köpke waren die für Seniorenarbeit zuständigen Mitglieder der dem DGB angehörigen Spartengewerkschaften vertreten. Herr Köpke erklärte zu Beginn des Treffens, dass dieser Sprecherkreis einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit den Seniorenorganisationen der politischen Parteien in NRW anstrebt. Damit die Anwesenden sich ein Bild über die Aktivitäten der LIBERALE SENIOREN NRW machen konnten wurde auf unsere Homepage hingewiesen. Ferner wurden unsere beiden letzten Sprachrohrausgaben sowie der LIS-Flyer übergeben. Vom DGB erhielten wir die „Senior_innenpolitische Eckpunkte“.

In der anschließenden Diskussion wurde sehr schnell deutlich, dass viele Themen wie u. a. Grundrente, Straßenbaubeiträge, Altersdiskriminierung, Altersarmut und Seniorenmitwirkungsgesetz auf der Agenda der beiden Organisationen stehen. Deutlich wurde auch, wie nicht anders zu erwarten, dass die Lösungsansätze nicht immer deckungsgleich sind.

Abschließend waren sich alle Anwesenden einig, dass es ein guter, erster Gedankenaustausch war, der unbedingt fortgesetzt werden sollte.

Sprüche

Der Himmel hat uns gegen die Mühseligkeit des Lebens drei Dinge gegeben:

1. die Hoffnung
2. den Schlaf
3. das Lachen

Immanuel Kant

Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.

Hermann Hesse

LSV lehnt

Mehrwertsteuer-Planung für „Essen auf Rädern“ ab

„Die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) teilt die Besorgnis der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände hinsichtlich der geplanten Herausnahme des Mahlzeitendienstes ‚Essen auf Rädern‘ aus der bisherigen Umsatzsteuerbefreiung“. Jürgen Jentsch, Vorsitzender der LSV sagt es deutlich: „Auch wir lehnen diese von der Bundesregierung ab 2020 vorgesehene Änderung in der Steuergesetzgebung klar ab“.

Für Jentsch ist nicht einsehbar, wie der Staat hier mit gemeinnützigen Organisationen umgehe. „Wo sonst finden sich so viele Ehrenamtler, die mithelfen, dass Menschen in schwierigen sozialen Lagen zurecht kommen?“, so fragten sich viele Aktive im Gespräch mit der Landesseniorenvertretung. Der LSV-Vorsitzende nennt etwa das Beispiel aus Hamminkeln, wo die Pfarrcaritas mit über 250 ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern täglich 160 Essen im Versorgungsgebiet von über 160 Quadratkilometern ausliefert. „Nur so kann dort der Preis des Essens unter 6 Euro pro Mahlzeit gehalten werden“.

Angesichts von realer Altersarmut sollte man die Folgen überdenken, falls der Dienst ehrenamtlich nicht mehr erbracht werden und die Umsatzsteuerbefreiung entfallen würde: „In Hamminkeln geht man dann von über 9 € pro Mahlzeit aus, was sich einkommensschwache Personen vermutlich nicht mehr täglich leisten könnten“.

Jentsch fordert deshalb die derzeit 168 kommunalen Seniorenvertretungen in NRW auf, in den entsprechenden Einrichtungen vor Ort nachzufragen, wieweit die geplante Änderung des § 4 Nr. 18 Umsatzsteuergesetzes (zu finden unter www.bundesfinanzministerium.de) dort diskutiert wird und welche Folgen sie für das „Essen-auf-Rädern-Angebot“ befürchten, das gerade für ältere Menschen ein wichtiger Baustein im Alltagsleben ist.

„Auch die Landesseniorenvertretung wird sich engagiert dafür

einsetzen, den Freien Wohlfahrtsverbänden und insbesondere den sozialen „Essen-auf-Rädern“-Angeboten weiterhin die Mehrwertsteuer zu erlassen“, so Jürgen

Jentsch. „Wir denken nicht, dass der Staat auf diese Einnahmequelle angewiesen ist“.

Jürgen Jentsch, LSV-Vorsitzender



Foto: Nicole Langer

Delegiertenversammlung in Würzburg

Sechs Mitglieder der Liberalen Senioren NRW vertraten unseren Landesverband auf der Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Bundesverbandes der Liberalen Senioren und des Fördervereins liberaler Senioren e.V. am 18. und 19. Oktober in Würzburg. Die Wertschätzung des gerade in den letzten beiden Jahren besonders aktiven und auch mitgliedermäßig deutlich gewachsenen LiS Landesverbandes NRW schlug sich in den Wahlergebnissen sowohl zum LiS Bundesvorstand als auch zum Vorstand des LiS-Fördervereins nieder: unter der Wahlleitung unseres nordrheinwestfälischen Mitglieds Wolfgang Züll wurden Detlef Parr als Vorsitzender und Manfred Todtenhausen als Beisitzer in den LiS-Bundesvorstand wiedergewählt, Elmar Conrads-Hassel als LiS-NRW Landesvorsitzender zusätzlich in den Bundesvorstand

kooptiert. Und im Förderverein liberaler Senioren e.V. sind LiS-NRW Vorstandsmitglied Claudia Jacobi als neue Schatzmeisterin und Elmar Conrads-Hassel als neuer Vorsitzender nunmehr das "neue Duo" an der Spitze dieses gemeinnützigen und bundesweit tätigen Fördervereins der liberaler Senioren.

Auf dem Foto sind von den NRW-Delegierten neben dem neu gewählten geschäftsführenden Bundesvorstand der Liberalen Senioren mit Detlef Parr als Bundesvorsitzenden an der Spitze (4. von rechts) Elmar Conrads-Hassel (in der Mitte) sowie Bärbel und Volkmar Schrimpf (Schriftleiter unseres "Sprachrohrs", 1. u. 2. von links) zu sehen. Claudia Jacobi und Wolfgang Züll waren schon auf dem Weg zu anderen Terminen und sind daher nicht auf dem Foto vertreten.

Impressum:

Sprachrohr – Mitgliederzeitung der LIBERALEN SENIOREN NRW

Wird von den Liberalen Senioren NRW herausgegeben.

Anschrift: Liberale Senioren NRW, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf

Tel: 0211-497090 · Fax: 0211-4970950

Email: info@liberale-senioren-nrw.de · www.liberale-senioren-nrw.de

Erscheinungsweise: 2 x jährlich (Frühling und Herbst).

Redaktion: Elmar Conrads-Hassel, Max Marnet, Manfred Todtenhausen MdB, Volkmar Schrimpf

Druck: flyeralarm

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Autoren sind im Sinne des Presserechts für den Inhalt selbst verantwortlich. Nachdruck von Beiträgen aus dem Sprachrohr gegen Quellenangabe und Belegexemplar ist kostenfrei gestattet.